



picture-alliance / dpa

John Mbiti, einer der bedeutendsten afrikanischen Autoren zum Verständnis der Rolle der Religionen in Afrika, schrieb vor etlichen Jahren: »Wo auch immer ein Afrikaner sich gerade befindet, da ist auch seine Religion: er nimmt sie mit auf das Feld, wo er aussät oder erntet; er nimmt sie mit zur Bier-Party oder zum Begräbnis; und, wenn er Zugang zu Bildung hat, nimmt er Religion mit zur Prüfung in der Schule oder in der Universität; wenn er Abgeordneter ist, nimmt er sie mit ins Parlament. Auch wenn viele afrikanische Sprachen kein Wort für Religion als solche haben, begleitet sie doch das Individuum lange vor der Geburt und noch lange nach dem physischen Tod [...] Religion kontrolliert alle wichtigen Ereignisse im Leben.«

Trotz Modernisierung, Globalisierung und vielfachen Säkularisierungsversuchen haben Mbitis Sätze bis heute ihre Gültigkeit für den Sudan behalten. Ganz gleich, ob Muslime, Christen oder Anhänger von traditionellen afrikanischen Religionen: Sudanesen und Sudanesischen sind in der überwiegenden Mehrzahl zutiefst religiöse Menschen. Religion – im Foto katholische Gläubige während der Sonntagsmesse in Khartum – und Spiritualität bestimmen als wesentliche und selbstverständliche Bestandteile das private, gesellschaftliche und politische Handeln bis hin zum bewussten Missbrauch von Religion als politische Waffe.

## Zur Rolle der Religionen

Westliche Versuche, politische Ereignisse im Sudan zu erklären oder gar zu Konfliktlösungen beizutragen, sind häufig geprägt vom Umgang mit Religion und Kirchen oder mit dem Islam in den überwiegend säkularisierten Ländern Europas oder den USA. Das oft beschränkte Religionsverständnis der Beobachter führt dazu, dass wichtige Grundüberzeugungen, Motive und Meinungsbildner der betroffenen Akteure ausgeklammert bleiben. Europäische Analysen stoßen schnell an Verständnisgrenzen.

Aber auch das soziale Miteinander im Sudan kann schwierig werden oder rasch zu peinlichen Situationen führen: Wie verhält sich der aufgeklärte Europäer angesichts der spontanen Einladung, das Eröffnungsgebet bei Tagungen oder Workshops zu sprechen, das Essen durch ein kurzes Gebet zu segnen oder die Anwesenden als »Brüder und Schwestern« zu begrüßen? Welches Verhalten ist angemessen, um die muslimischen Gebetszeiten, den Fastenmonat Ramadan oder die religiösen Feste zu respektieren? Wie zwingend erscheint der Besuch des Freitagsgebets in einer Moschee oder des sonntäglichen Gottesdienstes, und welche Begründung lassen die sudanesischen Partner gelten, wenn man es dann doch nicht tut?

Der europäische Gast sollte die berühmten tanzenden Dervische in Omdurman ebenso wenig nur als Touristenattraktion betrachten wie das Grabmal des Mahdi. Besonders in den ländlichen Gebieten tut er gut daran, seltsam anmutende Totems und Rituale erst einmal stillschweigend hinzunehmen. Diese und viele weitere Aspekte der Religionen im Alltag zielen in den zentralen Bereich dessen, was in Deutschland mit »Interkultureller Kompetenz« bezeichnet wird.

### Religionszugehörigkeit und die Bedeutung religiöser Bekenntnisse

Gesicherte Zahlenangaben zur Religionszugehörigkeit fehlen für den Sudan. Die entsprechenden Anteile schwanken heute für die Muslime zwischen 50 und 70 Prozent, bei den Christen liegen sie zwischen fünf und 30 Prozent und bei den sonstigen Religionen ungefähr im gleichen Spektrum. Religion spielte stets eine wichtige Rolle in den verschiedenen kriegerischen Auseinandersetzungen. Ihr Missbrauch trug mit bei zu diversen Problemen im Lande und in der Region. Da Religion auch als Mittel zur Mobilisierung von Unterstützungsleistungen von außen eingesetzt wird, benutzen verschiedene politische Lager die entsprechenden Zahlen, um eigene Ziele zu verfolgen oder ihre Positionen zu begründen.

Die dem Friedensvertrag von 2005 (Comprehensive Peace Agreement, CPA) folgende nationale Übergangsverfassung sowie die Verfassung des Süd-Sudan garantieren zumindest formal die freie Religionsausübung und sichern den Schutz der Religionsgemeinschaften zu. Die 1983 eingeführte, für das gesamte Land geltende islamische Scharia hob das CPA für den Südteil des Landes auf. Dem Vernehmen nach hat die regierende National Congress Party (NCP) sogar durchgesetzt, dass im Wortlaut des gemäß Friedensvertrag zwischen der NCP und dem Sudan People's Liberation Movement (SPLM) für 2008 vereinbarten Zensus die Rubriken »ethnische Zugehörigkeit« und »Religionszugehörigkeit« gestrichen wurden.

Im Bewusstsein der meisten Betrachter gliedert sich der Sudan in einen christlichen Süden und einen muslimischen Norden. Aber diese Wahrnehmung ist nicht korrekt: es gibt einerseits eine nicht unerhebliche Anzahl von Christen im Norden des Landes – und zwar nicht nur ehemalige Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Süden –, andererseits lebt im Süden eine nicht unbedeutende Anzahl von Muslimen.

Auch die oft anzutreffende Vorstellung, bei den Auseinandersetzungen handele es sich um Religionskriege, geht an der Realität vorbei. So kämpften etwa Menschen aus den überwie-

gend muslimischen Nuba-Bergen oder aus der südlichen Provinz Blauer Nil gemeinsam mit den Südsudanesen um ihre Rechte. Christliche Milizen aus dem Süden schlugen sich auf die Seite der NCP, und in Darfur leben fast nur Muslime.

Gleichwohl weisen Auseinandersetzungen stets auch eine stark religiöse Komponente auf: Menschen wehren sich gegen Zwangsislamisierung, Arabisierung oder gegen eine einseitige, menschenverachtende Auslegung von Religion. Die meisten muslimischen Oppositionellen, die auf Distanz zum Friedensabkommen von 2005 gingen, taten dies nicht, weil die Scharia für den Süden aufgehoben wurde, sondern weil der Vertrag gleichzeitig die Scharia für den Rest des Landes festschrieb.

Die Probleme im Sudan sind so vielfältig wie die Konfliktlinien. Sie beschränken sich beileibe nicht nur auf die Anhänger von Islam und Christentum. Gerne wird vergessen, dass im gesamten Sudan viele Angehörige traditioneller afrikanischer Religionen allen bisherigen Missionierungsversuchen von christlicher oder muslimischer Seite widerstanden haben oder aber ihre religiöse Überzeugung nach einem – oft erzwungenen oder in der Hoffnung auf materielle Vorteile erfolgten – Übertritt im Privaten weiter pflegen. Sie alle eint das Bekenntnis zu einem einzigen »Gott«, einer alles beherrschende Macht, die sich allerdings auch in Pflanzen, Tieren oder in Naturgewalten – ganz besonders im Regen – manifestieren kann. Der Glaube an Zauberkraft, den »bösen Blick« und ähnliches mehr kennzeichnet nicht nur die traditionellen Religionen, sondern prägt auch den Alltag afrikanischer Christen und Muslime. Kulthandlungen zur Abwehr des Bösen oder als Dank, bei Krankheiten, aber auch in Zusammenhang mit zentralen Ereignissen wie Hochzeiten oder Begräbnissen sind wesentlich weiter verbreitet als man offiziell zugibt. Den Anteil von Anhängern der Naturreligionen schätzen manche Wissenschaftler auf fast ein Drittel der Bevölkerung. Dennoch werden sie in der allgemeinen Literatur so gut wie nie erwähnt. Die beiden großen Religionen klammern die Existenz solcher Glaubensrichtungen häufig bewusst aus oder leugnen sie sogar.

### Historische Wurzeln und aktuelle Ausprägungen des Islam

Der Norden des Sudan stand infolge zahlreicher Eroberungszüge jahrhundertlang unter dem Einfluss der Ägypter, Osmanen und Araber, die seine Kultur und Religion wesentlich prägten. Die ersten Spuren christlicher Missionierung im Gebiet der Nubier im Nord-Sudan lassen sich bis ins 6. Jahrhundert zurückverfolgen. Davon ausgehend entstanden mit den beiden nubischen Königreichen christliche Bastionen, die den Eroberungsversuchen der muslimischen Araber in den Jahren 651/52 widerstanden. Ein Vertrag garantierte ihnen politische und religiöse Freiheit für die kommenden 600 Jahre. Erst mit dem endgültigen Zerfall der selbständigen Reiche und der zunehmenden Islamisierung Anfang des 16. Jahrhunderts fand das Christentum im Norden sein (vorläufiges) Ende.

Der Islam fasste anfangs in den Küstengebieten sowie stellenweise bei den Völkern der Wüste im Norden Fuß. Vereinzelt brachten ihn Händler, Krieger und Wanderprediger in die anderen Landesteile, wobei er häufig eine Vermischung mit bereits existierenden Religionen erfuhr. Erst mit den Eroberungen im Norden durch den osmanischen Sultan Selim I. in den Jahren 1550–1557 und der Errichtung eines islamischen Reiches durch Sulaiman Solong im Jahre 1540 setzte sich diese Religion im Norden endgültig durch.

Der Islam im Sudan gehört zur sunnitischen Schule, er fächerte sich aber im Laufe der Jahre in zahlreiche Gruppierungen auf. Wie auch im Christentum entwickelten sich die verschiedenen islamischen Ausprägungen häufig entlang ethnischer Linien. Besondere Bedeutung haben die Sufi-Bruderschaften, die häufig nur örtlich begrenzt wirkten. Bei den Sufis sind das Prophetentum und die Botschaft ein Maßstab für den Grad der Frömmigkeit. Diese hat beim Propheten eine Stufe erreicht, auf der er sein Wissen von Gott unmittelbar empfängt, ohne dass hierzu ein Vermittler oder Scheich benötigt würde. Die Sufis hängen vielfach mystisch geprägten Ritualen an. Unter ihnen fanden sich sehr moderate, dialogbereite Muslime wie die Republikanischen Brüder, von denen viele aber nach der Machtergreifung der Na-

tional Islamic Front (NIF, jetzt NCP) 1989 ins Ausland flüchteten. Ihr damaliger, allseits anerkannter religiöser Führer Mahmud Mohammed Taha starb bereits 1983 durch den Strang (vgl. S. 50, 124), als er die Einführung der Scharia als öffentliches Recht scharf kritisierte. Taha begründete dies unter anderem damit, die Scharia dürfe nicht in einem Land gelten, in dem Menschen aus Hunger gezwungen sein könnten zu stehlen.

1887 wurde der britische General Charles G. Gordon als Generalgouverneur des Sudan eingesetzt (vgl. die Beiträge von Wolbert G.C. Smidt und Magnus Pahl). Gegen Gordon führte Abdallah ibn Sajjid Mohammed, der Nachfolger des »Mahdi« (Erlöser), einen zunächst erfolgreichen Kampf. Die Sammlungsbewegung des 1885 verstorbenen Mohammed Ahmed begründete die so genannte »Mahdiyya-Anzar«, eine islamisch-religiöse Bewegung, die mit ihrer Partei, der Umma, maßgeblich die politischen Geschicke des Landes mitbestimmte. Die Umma-Partei stellte den letzten gewählten Premierminister, Sadiq al-Mahdi. Der in Khartum lebende Politiker und religiöse Vordenker ist bis heute eine Schlüsselpersönlichkeit der Opposition, wenn seine Partei auch erheblich an Geld und Macht eingebüßt hat und nicht von Spaltungen verschont blieb. Ihre Stammwählerschaft rekrutierte sie traditionell besonders im Westen des Landes.

In Rivalität zur Umma-Partei steht traditionell die ebenfalls im ausgehenden 19. Jahrhundert gegründete und religiös definierte Gruppe der »Khadmiya«, mit der Democratic Unionist Party (DUP) und Mitgliedern der Familie Mirghani an der Spitze. Ihr derzeitiger Führer Ahmed Ali al-Mirghani lebt seit der Machtübernahme der NCP in Ägypten, mit dem die DUP schon von jeher enge Bindungen unterhielt. Die Partei hat einen ähnlichen Macht- und Vermögensverlust wie auch Spaltungen hinnehmen müssen wie die Umma-Partei, ihre Stammwählerschaft liegt traditionell im Osten und hohen Norden des Landes.

Die Muslimbrüder um Hassan al-Turabi (Schwager Sadiq al-Mahdis), später National Islamic Front (NIF), spaltete sich im Jahr 2004 in die National Congress Party (Präsident Omar Hassan al-Baschir) und die Popular Congress Party (al-Turabi). Mit ihren streng fundamentalistischen Ansprüchen stieg sie erst Ende der 1970er-Jahre zu einer nennenswerten politisch-religiösen Kraft im Land auf. Turabi selbst gilt als der wichtigste Kopf

## II. Strukturen und Lebenswelten



picture-alliance dpa

Moschee in Um Dhawan, einem Vorort von Khartum. Im Juli 2007 überflutete der Nil Teile der Stadt, tötete im gesamten Sudan 15 Menschen und zerstörte etwa 5000 Häuser.

hinter dem Putsch von 1989. Er versuchte, den Sudan in eine islamische Republik zu verwandeln und von dort aus die weitere Islamisierung und Arabisierung des Kontinents voranzutreiben. Dabei schloss er Bündnisse unter anderem mit Osama bin Laden, der sich mehrere Jahre im Sudan aufhielt (vgl. den Beitrag von Annette Weber).

Radikale Konzepte fanden einerseits bei der Mehrheit der Muslime keine Unterstützung. Deren Kritik daran nimmt auch deshalb zu, weil gerade oppositionelle Muslime zu den Hauptopfern von Verfolgungsmaßnahmen seitens der Regierung zählten und immer noch gehören. Ebenso wenig sollte man sich andererseits der Illusion hingeben, mit der Spaltung der NIF sei die Ideologie Turabis aus der NCP verschwunden. Streitigkeiten gab und gibt es dort um Strategie und Taktik des Vorgehens, aber nicht um die maßgeblichen Ziele.

## Christliche Kirchen im Sudan

Die relativ weite Verbreitung des Christentums im Süden hängt mit der britischen Kolonialpolitik zusammen. Missionierungsversuche vor dieser Zeit scheiterten meist daran, dass die entsandten Missionare im Sudan mit seinen vielfältigen Krankheiten den Tod fanden. Während der Kolonialzeit machten sich dann zahlreiche Missionsgesellschaften auf in den Süden. Zu den ältesten und bekanntesten zählten die italienischen Combonis, deren Gründer Bischof Daniel Comboni (geb. 1831 in Limone am Gardasee, gest. 1881 in Khartum) von vielen Sudanesen verehrt wird und den der Papst 1996 heilig sprach.

Heute ist die römisch-katholische die größte christliche Kirche im Sudan mit Diözesen im ganzen Land. Die Episcopal Church mit starken Bindungen zu Großbritannien hat ihr Stammland in West-Äquatoria, die Presbyterian Church entstand als Nuer-Kirche in der Provinz Obernil. Traditionell im Norden beheimatet sind die Kopten, zu deren Mitgliedern – wie auch in der Evangelical Church – überwiegend Sudanesen ägyptischer Herkunft zählen. Ausnahmslos Ausländer (Griechen und Zyprioten) gehören zur Orthodoxen Kirche, die dem Patriarchat von Alexandria zugeordnet ist. Die Äthiopisch-orthodoxe Kirche rekrutiert ihre Mitglieder aus eritreischen und äthiopischen Flüchtlingen. Bis 1989 gab es im Norden erhebliche Missionierungsversuche amerikanisch-evangelikaler Gruppierungen. Sie versuchen heute verstärkt im Süden Einfluss zu gewinnen und stehen in ihrem totalitären Anspruch häufig muslimischen Eiferern in nichts nach. Versuche der organisierten ökumenischen Zusammenarbeit haben im Sudan, wohl aufgrund der Minderheitensituation im islamisch-animistischen Umfeld, eine lange Tradition.

Islamisierungswelle und Krieg haben die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen stark belastet. Fühlen sich die Christen generell verfolgt, unterscheiden sie kaum noch zwischen den Urhebern staatlicher Unterdrückung und den traditionell gemäßigteren islamischen Gruppierungen. Immerhin bringen sich die christlichen Kirchen in den von der Regierung organisierten Interreligiösen Rat in Khartum ein, und auch im Süden existiert ein Christlich-muslimischer Rat. Die Kirchen betonen immer wieder, bis Mitte der 1980er-Jahre habe man trotz gewisser staatlicher





picture-alliance / dpa

Katholische Abendmahlsfeier in der Matthäus-Kathedrale in Khartum, Aufnahme von 2003

Repressalien im Privaten gut zusammengelebt und die jeweiligen Feste in gutnachbarlichem Einvernehmen gemeinsam gefeiert. Dies habe sich erst mit der Einführung der Scharia als allgemein gültiges Recht geändert. Zwar ist die Anwendung der Scharia für den Süden derzeit ausgesetzt, gilt aber wie für alle, so auch für Christen, in den anderen Landesteilen weiter.

Bereits in den 1930er-Jahren entstanden im Sudan zwei christliche Zusammenschlüsse, welche die gemeinsamen Interessen von Missionaren und Kirchen vertreten sollten. 1967 wuchsen sie zum Sudan Council of Churches (SCC) zusammen. Während dessen Hauptaufgabe ab 1972 zunächst in der Versorgung zurückkehrender südsudanesischer Flüchtlinge bestand, betrieb der SCC ab 1974 mit Schwerpunkt Entwicklungsarbeit sowie die Stärkung der sudanesischen Kirchen. Das Gremium hat seinen Sitz in Khartum und verfügt über Regionalbüros in Juba, Waw, El Obeid und Malakal. Dem SCC gehören insgesamt 13 christliche Mitgliedskirchen an. Der Verband ist seinerseits Mitglied im Weltkirchenrat (ÖRK), außerordentliches Mitglied der All African Conference of Churches (AACC, Nairobi) und außerdem dem Middle Eastern Council of Churches (MECC) angeschlossen. Während des zweiten Bürgerkriegs nahm ein neuer

Unterverband, der New Sudan Council of Churches (NSCC), die Arbeit in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten des Südens wahr. Erst im Mai 2007 schlossen sich die beiden Kirchenverbände wieder zusammen und strukturieren derzeit ihre Arbeit neu. Bereits lange vor dem Abkommen von 2005 verfolgten die Kirchen direkte Friedensinitiativen (»People to People Peace Process«) und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zum Zustandekommen des Friedensvertrages. Auch zukünftig werden sie den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Fragen der Gerechtigkeit und Versöhnung legen.

Während sich die Kirchen im Norden in einer Minderheitenposition befinden, mussten sie während des Krieges im Süden als einzige verbleibende zivile Institution oft gezwungenermaßen Aufgaben einer zivilen Verwaltung und entsprechende Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig machten sich das dramatisch rasche Kirchenwachstum und die dadurch bedingte Unterversorgung mit ausgebildeten Mitarbeitern nachteilig bemerkbar. Viele qualifizierte Fachleute wechselten nach Unterzeichnung des Friedensabkommens in Regierungsämter oder besser bezahlte Positionen bei ausländischen Organisationen. Und schließlich hinterließen die Auseinandersetzungen im Land auch innerhalb der Kirchen politische und ethnische Spannungen, die bis heute die Arbeit zum Wohl der Bevölkerung beeinträchtigen. Nach wie vor aber sehen die Christen – und zwar nicht nur im Sudan – ihre Kirchen als Sprachrohr der Unterdrückten und als Hoffnungsträger an, von dem man außer der Linderung von Armut und Not auch die Einmischung in das politische Geschehen erwartet.

Zur dringend anstehenden Lösung der Konflikte im Land, zur Schaffung von Gerechtigkeit und Frieden sowie zur Versöhnung werden die nicht fundamentalistisch geprägten Religionsgemeinschaften in Zukunft noch stärker zusammenarbeiten müssen. Die Menschen im Sudan blicken auf ihre religiösen Führer, von denen sie eine Orientierung in diesen grundlegenden Fragen erwarten. Die diesbezügliche Bedeutung der Kirchen sollten auch Außenstehende mehr als bisher anerkennen und in ihre Überlegungen einbeziehen, da ansonsten das internationale Engagement Gefahr läuft, an den Gegebenheiten im Sudan vorbeizugehen.

*Marina Peter*